

Nr. 9, November 2006

Newsletter-Essay:

Werner Rätz:

Für ein bedingungsloses Grundeinkommen sind Finanzierungsmodelle unvermeidlich, aber schädlich!

Wer immer mit der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen (bge) öffentlich auftritt, wird sehr schnell mit der Frage konfrontiert, wie denn das zu finanzieren sei. Dabei spielt es überhaupt keine Rolle, ob sich die Diskussion am Infostand auf der Straße, in einem Volkswirtschaftsseminar oder in einer politischen Veranstaltung abspielt. Und die FragerInnen geben sich in der Regel nicht damit zufrieden, dass volkswirtschaftlich dargestellt wird, es gibt Finanzierungsmöglichkeiten eines bge. Sie erwarten genau gerechnete Modelle, Gesetzentwürfe fast.

Darin drückt sich eine sehr richtige und notwendige Erwartung aus. Wenn unsere Gesellschaften zunehmend weniger in der Lage sind, soziale Sicherheit für alle herzustellen, dann müssen Gegenentwürfe sich daran messen lassen, ob das mit ihnen denn möglich wäre. Angesichts der wachsenden Einkommensarmut, der Zerstörung der solidarischen Sicherungssysteme Gesundheit und Rente, angesichts hoher Massenerwerbslosigkeit wollen die Menschen kein Wolkenkuckucksheim, sondern Vorschläge, wie es ihnen wirklich besser gehen könnte. Deshalb kommen BefürworterInnen eines bge nicht umhin, die Realisierbarkeit ihrer Vorschläge nachzuweisen.

In diesem Sinne ist es gut und wichtig, dass eine ganze Reihe von Finanzierungsmodellen vorliegt. Wer die genau anschaut, erkennt auf Anhieb eine frappierende „Gemeinsamkeit“, nämlich, dass sie sich in fast allem völlig unterscheiden. Während die einen vom bestehenden Steuersystem ausgehen und da ein Grundeinkommen hineinrechnen, wollen die anderen das Steuersystem zuallererst mal völlig abschaffen und durch ein komplett Neues ersetzen. Während die einen nur oder überwiegend an den Einkommensteuern ansetzen wollen, beharren die anderen darauf die Unternehmen mit einer Wertschöpfungsabgabe zu belasten. Während die einen möglichst hohe Umverteilungen von reich zu arm anstreben, bestehen die anderen darauf, ein bge müsse die staatlichen Etats entlasten.

Es ist also nicht möglich, sich in der Debatte über Finanzierungsmöglichkeiten eines bge schlicht auf „die vorliegenden Modelle“ zu beziehen. Man muss schon genauer klären, welches man denn für realistisch hält. Das funktioniert natürlich auch genau umgekehrt. KritikerInnen berufen sich regelmäßig auf jeweils den Finanzierungsvorschlag, der ihnen am unrealistischsten oder am wenigsten politisch wünschenswert erscheint, um so die ganze Idee des bge als unsinnig verwerfen zu können. So kommt es, dass trotz der Vielzahl genau gerechneter Modelle die Behauptung nicht ausstirbt, noch nie habe jemand die Finanzierungsmöglichkeit eines bge rechnerisch darstellen können.

Ich glaube nicht, dies sei pure Ignoranz der KritikerInnen. Zwar mag es sein, dass jemand gelegentlich nicht zur Kenntnis nehmen will, was ihm politisch nicht passt. Aber grundsätzlich scheint mir die Kritik an Finanzierungsmodellen sehr berechtigt. Es gibt es gute Gründe dafür, dass noch so genaue Rechnungen kaum jemanden davon überzeugen, ein bge sei möglich, war er nicht vorher schon davon überzeugt. Ich will ein paar davon nennen.

- **Das bge ist heute eine Idee, kein Programm**

Neue politische Vorschläge müssen in der gesellschaftlichen Diskussion verschiedene Phasen durchlaufen. Gesellschaften sind von bestimmten Haltungen, Erwartungen, Vorstellbarkeiten ihrer Mitglieder geprägt. Vorhandenes ist mehr oder weniger bekannt, Neues muss erst einmal vorstellbar werden. Deshalb erscheinen Lösungen immer dann besonders populär und glaubwürdig, wenn sie schlicht das Bekannte verlängern. Wer Neues einführen will, muss eine längere Diskussion darüber anzetteln. Dabei ist vieles zu klären. Was sind die Probleme, die es zu lösen gilt? In wessen Interesse sind sie zu lösen? Welchen Vorschlag genau machst du eigentlich, was bedeutet der genau? Welche anderen Vorschläge gibt es denn? Müssen wir das Problem tatsächlich lösen oder können wir es nicht auch aussitzen? Schafft dein Vorschlag vielleicht mehr neue Schwierigkeiten, als er alte löst?

Eine solche Debatte dauert lange, umso länger, je komplexer und vielfältiger das Problem ist und je ungewöhnlicher und vom Bekanten abweichender der neue Vorschlag. In unserem Fall geht beides sehr weit. Das Problem der sozialen Sicherheit für alle ist außerordentlich komplex, es war nie völlig gelöst, es umfasst scharfe politische Interessensunterschiede. Und der Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens stellt sehr tief sitzende Annahmen in Frage, die man für unverrückbar zu halten pflegte.

Am tiefsten sitzt davon die Verbindung von Erwerbsarbeit und Einkommen. Damit ist eine Gerechtigkeitsvorstellung verbunden: Gerecht ist es demzufolge, wenn jemand für „ehrliche Arbeit“ „ehrliches Geld“ verdient; ungerecht wäre es, Geld fürs Nichtstun zu bekommen. Diese Vorstellung verbindet Linke wie Rechte, Großunternehmer wie Gewerkschafterinnen. Die einen sagen „Leistung muss sich lohnen“, die anderen schimpfen auf „leistungslose Einkommen“. Da ist zwar durchaus Platz für eine ausgleichende Sozialpolitik, wenn jemand („unverschuldet“) in Not geraten ist, aber die Idee, dass Menschen das Recht auf Teilhabe an Reichtum und gesellschaftlichem Leben einfach so, bedingungslos haben sollen, verlangt doch erst mal einen gehörigen gedanklichen Schritt.

Das ist natürlich kein Argument gegen ein bge, aber es ist eine Erklärung dafür, dass man nicht sofort mit allgemeiner Zustimmung rechnen kann. Man muss das Denken der Menschen beeinflussen, man muss die Idee verbreiten, man muss Sympathien gewinnen, Fragen in den Köpfen wecken. Bis eine neue Gerechtigkeitsvorstellung für viele einsehbar wird, sie sich die gar zu eigen machen, braucht es eine ganze Zeit, in der die Herrschaft alter Ideen über das Denken der Menschen gebrochen werden muss. Das kann nicht mit Modellen oder Gesetzentwürfen geschehen, sondern nur im tagtäglichen Gespräch, in der geduldigen Entwicklung und Konzeptionierung der Idee.

Auch in dieser Phase ist es zwar nötig, dass Leute die Realisierbarkeit eines bge nachvollziehen können. Aber konkrete finanztechnische Umsetzungsvorschläge stören beim Hin- und Herwenden der Idee mehr als sie nützen. Erst wenn es konkret an die Umsetzung geht, sind sie unverzichtbar notwendig.

- **Ist so viel Umverteilung überhaupt möglich?**

Neben dieser ganz allgemeinen Schwierigkeit, dass neue Gedanken ihre Zeit zum Reifen brauchen, gibt es auch eine ganz konkrete: Reicht denn der gesellschaftliche Reichtum tatsächlich für alle? Man könnte es sich einfach machen und schlicht Geld zählen: Das BIP beträgt so und soviel, das gesamte Volkseinkommen so viel, wenn wir's so und so verteilen, bekommt jedeR so viel.

Abgesehen davon, dass dies eine verkürzte Betrachtung von Geld und Reichtum ist (ich komme darauf zurück), wird das dennoch manchmal gemacht und führt nicht viel weiter. In den primitiven Modellen wird ganz schlicht gerechnet, wie viel verteilen sie Sozialsysteme heute schon um, was wollen wir gegebenenfalls noch drauflegen oder einsparen, wie viel Leute müssen wir bedienen und schon steht eine Zahl auf dem Papier. Thomas Straubhaar etwa rechnet so und

manche anderen auch. Dass solche Vorschläge finanzierbar wären, ist unstrittig, dass sie den bedürftigen Menschen mehr schaden als nützen, ist offensichtlich.

Andere, etwa die Bundesarbeitsgemeinschaft Sozialhilfeinitiativen (BAGSHI), rechnen anders. Sie zeigen, wie viel Umverteilung man vornehmen müsste, damit für alle ein Betrag rauskäme, der ein gutes Leben ermöglicht. Das ist als Rechnung sicher richtig und als politischer Anspruch völlig legitim und unterstützenswert, aber es geht meiner Meinung nach an dem Problem vorbei, aus dem sich das Widerstreben vieler gegen solche Modellrechnungen speist. Es ist nämlich gesellschaftlich keineswegs geklärt, ob wir eine solche große Umverteilung (BAGSHI will immerhin neben den „normalen“ Steuern nochmals die Hälfte sämtlicher Nettoeinkommen zur Finanzierung eines bge heranziehen) wirklich wollen. Ist sie überhaupt möglich, ohne unsere Gesellschaft grundlegend zu beschädigen?

Dahinter steht letztlich die Frage, ob denn der gesellschaftliche Reichtum tatsächlich für ein gutes Leben für alle ausreicht oder ob er nur dann so groß ist wie heute, wenn er ungleich verteilt ist. Die Frage ist also, ob wir den vorhandenen Reichtum auch immer wieder neu produzieren können, wenn wir Gesellschaft ganz anders organisieren, als wir sie bisher kennen. Wie wollen wir eigentlich leben und arbeiten? Was sind die Dinge, die ein gutes Leben ausmachen? Welche Produkte und Dienstleistungen sind tatsächlich notwendig, also die Notwendend? Solange diese Frage nicht einmal breit gestellt, viel weniger in weitgehender Übereinstimmung beantwortet ist, wird ein sehr weit umverteilendes Finanzierungsmodell immer nur diejenigen überzeugen, die genau das wollen und für möglich halten.

• **Geld ist etwas Anderes als stofflicher Reichtum**

Eine Sorge, die viele derjenigen umtreibt, die sich eine Umverteilung dieses Ausmaßes erst einmal nicht vorstellen können, zielt auf den Unterschied von Geld und stofflichem Reichtum. Geld wächst weder auf Bäumen noch ist es essbar. Damit Menschen über Mittel zum Lebensbedarf verfügen können, müssen diese eine konkrete Gestalt haben. Menschen brauchen Essen, Kleidung, Häuser, Frisöre, Hausmädchen, Panzer, Schachspiele oder Opernsängerinnen. Dass man all das heutzutage mit Geld kaufen kann, ist eine Besonderheit dieser Gesellschaft. Das müsste nicht unter allen Umständen so sein und war auch nicht immer so.

Heutzutage wird die ganze Warenvielfalt hergestellt, weil Menschen ja schließlich ein Einkommen brauchen. Dafür müssen sie ihre Arbeitskraft verkaufen und tun, was der Käufer verlangt. Was berechtigt zu der Annahme, dass immer noch alles hergestellt würde, wenn dieser Zwang wegfiel? Hier geht es mir (neben der Rolle der Arbeit, auf die ich zurückkomme) nicht einmal so sehr darum, dass es unangenehme, schwere, schädliche Arbeiten gibt, die man nicht an Maschinen übertragen kann. Die könnten in einem kapitalistischen Arbeitsmarkt einfach besser bezahlt werden und würden dann schon getan.

Nein, wenn eine Gesellschaft erst einmal ernsthaft darüber diskutiert, so wie ich es im vorherigen Punkt vorgeschlagen habe, was sie eigentlich zu einem guten Leben braucht, dann ist es leicht sichtbar, dass einige von meinen oben erwähnten notwendigen Dingen und Dienstleistungen wegfallen oder weniger wichtig würden. Dafür kämen andere dazu. Wenn stofflicher Reichtum hergestellt wird, fallen andere Produktionsentscheidungen als wenn für einen Warenmarkt produziert wird.

Solche anderen Entscheidungen sind auch dringend notwendig. Längst schon ist klar, dass die Wirtschaft, wie wir sie kennen, Raubbau mit Natur, Umwelt und Menschen treibt. Die moderne industrielle Arbeitsteilung hat zwar eine immense Produktivität ermöglicht. Aber ist die nicht genau auch an die zerstörerische Produktionsweise gebunden? Könnte eine nachhaltige Wirtschaft tatsächlich genug für ein gutes Leben für alle produzieren? Oder müssten wir uns da nicht erheblich einschränken?

Das Gleiche gilt für die Menschen. Heute arbeiten die Beschäftigten, weil sie Geld brauchen, produzieren die Unternehmen, weil sie Gewinne machen wollen. Geld hat man selten zu viel, deshalb arbeiten manche ununterbrochen. Gewinne haben die Unternehmen bekanntlich immer zu wenig. Selbst mit 16% Eigenkapitalrendite streicht die Deutsche Bank 6 000 Arbeitsplätze, weil sie 25% „braucht“. Betriebe und ganze Unternehmen werden stillgelegt, weil sie „nur“ acht oder zehn Prozent Gewinn machen. In einer Gesellschaft, wo das hergestellt wird, was Menschen für ein gutes Leben brauchen, entfällt das Motiv des immer weiteren Anhäufens von Reichtum.

Es scheint also sowohl zweifelhaft, ob eine hohe Produktivität ökologisch wünschenswert ist, als auch, ob sie sich ökonomisch in einer auf stofflichen Reichtum orientierten Wirtschaft überhaupt aufrecht erhalten lässt. Finanzierungsmodelle für ein bge unter heutigen Bedingungen müssen an diesen politischen Zukunftsfragen systematisch scheitern, weil sie etwas als Zahlengröße fassen, dessen Umfang heute noch gar nicht messbar sein kann.

- **Die Rolle der Arbeit ist völlig ungeklärt**

Was uns hier als Problem der Quantität, der Messgröße begegnet, existiert ähnlich auch als Problem der Qualität, der Vorstellung, welche Form von Vergesellschaftung wir eigentlich wollen. Das hängt mit der Rolle der Arbeit zusammen.

Der Begriff „Arbeit“ wird für höchst verschiedene Verhaltensweisen und Inhalte gebraucht, die ich hier nicht untersuchen will. Jetzt interessieren mich nur zwei davon. Man kann „Arbeit“ fassen als das, was Menschen immer schon getan haben, um aus Natur und Umwelt das zu gewinnen und zu gestalten, was sie zum Leben brauchen, und was sie in alle Ewigkeit zu diesem Zweck tun werden. Ein solcher Arbeitsbegriff wäre zeitlos, „Arbeit“ in diesem Sinne wäre eine anthropologische Konstante, etwas, das dem Menschen als solchem zugehört. Man kann „Arbeit“ aber auch fassen als die bestimmte Form, unter der im Kapitalismus – also heutzutage, weil da leben wir – Waren und Dienstleistungen hergestellt werden.

Das ist kein abstrakter Unterschied, sondern er hat höchst praktische Konsequenzen für die Vorstellung, wie Gesellschaft entstehen kann. Geht man von einem zeitlosen Arbeitsbegriff aus, dann ist es ein Gebot der Gerechtigkeit, alle Menschen immer und überall an der Arbeit zu beteiligen. Ihr Ausschluss von der Arbeit wäre Zwang und Ausschluss aus der Gesellschaft. Ihre Einbeziehung in die Arbeit, selbst wenn sie mit Druck erfolgte, wäre ihr Einschluss in die Gesellschaft. In dieser Wahrnehmung wäre ein bge also ein Schritt zur Entgesellschafterung.

Geht man dagegen von einem Arbeitsbegriff aus, der kapitalistisch formbestimmt ist, dann geht es um die Befreiung von genau dieser Arbeit. Ein bge wäre ein Schritt hin zur Ermöglichung einer neuen Form von Vergesellschaftung. Rein praktisch wäre diese Differenz am Beginn der Umsetzung eines bge noch nicht sehr bedeutsam, blieben doch Arbeitsmärkte und kapitalistische Wirtschaft erst mal bestehen. Aber in der Perspektive, im Fluchtpunkt, auf den das hinlaufen soll, ist es ein großer Unterschied.

Selbstverständlich kann man eine nicht mehr arbeitszentrierte Gesellschaft nicht naiv denken in dem Sinne, dass einige sich befreien und die anderen derweil für sie die kapitalistisch formbestimmte Arbeit erledigen. Diese Befürchtung treibt KritikerInnen des bge ja immer um. Auch in einer Gesellschaft, in der alle einfach so am gesellschaftlichen Leben und Reichtum teilhaben können, ohne dass ihnen Bedingungen dafür gestellt werden, muss der Reichtum immer wieder neu hergestellt werden. Konkrete Tätigkeit, Produktivität, nützliches Tun sind auch dort unverzichtbar. Sie erfolgen ohne Zwang, aber sie müssen erfolgen. Wie das geschehen soll, welche Motivierungselemente es geben wird, welche gesellschaftlichen Organisationsformen dafür etabliert werden, weiß heute noch niemand.

Ebenso wie an der ökologischen Frage muss jedes Finanzierungsmodell eines bge auch an der Frage der Vergesellschaftung scheitern. Finanzierungsmöglichkeiten können immer nur von konkreten, bekannten Formbestimmungen ausgehen. Jeder Finanzvorschlag wird also einer sein, der von Arbeit im Kapitalismus ausgeht, also vom Verkauf der eigenen Arbeitskraft an Dritte, denen dann das Arbeitsergebnis gehört, damit sie es mit Gewinn auf den Warenmärkten verkaufen können. Selbst wenn wir also von einem kapitalistisch formbestimmten Arbeitsbegriff ausgehen, kann ein Finanzierungsmodell nie mehr darstellen als eine Momentaufnahme. Ändern sich die Bedingungen, muss das Modell verändert werden.

- **Modelle können den Stand der Kämpfe nicht erfassen**

Wie aber soll man heute voraussehen, wie die Auseinandersetzungen um die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens verlaufen werden? Vom Verlauf der Kämpfe aber wird es entscheidend abhängen, welche realpolitischen Möglichkeiten sich eröffnen, für die wir dann Finanzierungsvorschläge brauchen werden. Ich werde das an drei Beispielen erläutern.

Das mit Hartz IV eingeführte Arbeitslosengeld II versteht sich als „Grundsicherung“. Eine solche könnte prinzipiell in Richtung eines bge entwickelt werden. In einem ersten Schritt müssten die Sätze auf angemessene Höhe gehoben und die Zumutbarkeitskriterien für Arbeitsaufnahme gestrichen werden. Das wäre dann noch lange kein bge, aber es würde sich dem annähern. Allemaal aber wäre es eine deutliche Verbesserung für die Betroffenen. Hätten sich die Auseinandersetzungen um Hartz IV entsprechend entwickelt (oder würden sie es zukünftig noch tun), müsste man also in diese Richtung aktiv werden. Nach der Erhöhung der Beträge und der Streichung der Bedingungen würde sich die Finanzierungsfrage für ein umfassendes bge völlig anders stellen als heute, weil da schon bestimmte Beträge abgesichert wären. Die Aufgabe bestände dann vielleicht hauptsächlich darin, Schritt für Schritt weitere Gruppen oder Ansprüche in das System einzubeziehen und weniger, es auf einen Schlag zu verwirklichen.

Die Frankfurter Gruppe Links-Netz schlägt vor, Sozialpolitik als gesellschaftliche Infrastruktur zu begreifen. Alles, was erforderlich ist, damit die gesellschaftlich notwendigen Dinge getan werden können, soll für die BenutzerInnen kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Kämpfe würden also konkret um öffentlichen Verkehr, um Kinderbetreuung, um Wohnungen oder Ähnliches geführt werden können und müssen. Angenommen, diese drei Bereiche wären abgesichert, stellte sich die Frage nach dem Betrag eines notwendigen bge völlig anders, als wenn diese Dinge nach wie vor bezahlt werden müssen.

Es ist offensichtlich, dass die Sozialversicherungssysteme zerstört werden. Vor allem die gesetzliche Rente bietet den Jüngeren kaum noch eine Perspektive. Das ist ein Thema, das viele in der Gesellschaft betrifft und interessiert. Man könnte sich vorstellen, dass eine breite Bewegung entsteht, die als Antwort auf die dauerhafte Rentensenkung die Einführung einer bedarfsdeckenden Mindestrente fordert. Auch die wirtschaftliche Absicherung von Kindern könnte auf eine Weise organisiert werden, dass sie wie eine Rentenversicherung funktioniert. Hier ginge es also um Kämpfe für die Sozialversicherungssysteme. Da läge die Idee nahe, dass auch ein bge aus einer Art Bürgerversicherung bezahlt würde. Dabei ginge es um Beiträge oder zweckgebundene Abgaben. Das bedarf völlig anderer Modelle als eine Finanzierung durch Steuern aus dem allgemeinen Staatshaushalt.

Die realpolitisch nächstliegende Möglichkeit führt zu einem nochmals völlig anderen Szenario. Die FDP schlägt vor (und Straubhaar oder Althaus befinden sich da sehr nahe dran), einfach eine Reihe von sozialen Transfersystemen wie ALGII, Restsozialhilfe u.a. zu streichen, den Betrag zu pauschalisieren und an alle zu verteilen – wobei das bei ihr mit Bedarfsprüfung geschehen soll, bei anderen ohne. Hier ginge es also erst einmal gar nicht um eigene Finanzierungsmodelle, sondern vorrangig darum, die der anderen abzuwehren, weil sie eine deutliche Verschlechterung brächten.

Jedes Finanzierungsmodell kann immer nur eine bestimmte Situation beschreiben. Niemand weiß aber, ob die auch eintritt oder bestehen bleibt. Diese Blindheit der Modelle für die politische Wirklichkeit macht sie alle obsolet.

Modelle blenden die politischen Implikationen aus

Jedes Finanzierungsmodell nimmt immer schon eine ganz bestimmte Situation an, in der es angewandt werden soll oder kann. Kaum eines benennt diese aber ausdrücklich. In vielen Fällen ist es offensichtlich, dass sie auch nicht bedacht worden ist. Ebenso hat jedes Modell Konsequenzen. Auch die sind in den meisten Fällen weder dargelegt noch mitgedacht.

Wenn z. B. jemand vorschlägt, dass eine Steuer auf die Unternehmensgewinne, z. B. in Form einer Wertschöpfungsabgabe, ein wesentliches Element der Finanzierung sein soll, dann hat das zur Folge, dass möglichst viele Unternehmen versuchen werden, sich dem durch Verlagerung zu entziehen. Man müsste eine Antwort darauf geben, wie diese Tendenz aufgehalten werden soll. Wenn jemand eine Finanzierung aus Einkommensteuern vorschlägt, so wird damit das Bestreben verstärkt, Einkommen vor der Steuerbehörde zu verstecken. Das wird in der Regel mit Arbeitseinkommen nur schwer möglich sein, mit Kapital- und Vermögenseinkommen aber viel leichter, so dass die Refinanzierung des bge stärker auf den Schultern derer liegen könnte, die es bekommen sollen, als in den Modellen angenommen wird. Einkommensteuermodelle können zudem keinerlei Antwort darauf geben, wie die Finanzierung etwa in den Ländern des Südens gelingen soll, die über keine funktionierenden Einkommensteuersysteme verfügen.

Umgekehrt ist es zwar richtig, dass Umsatzsteuerfinanzierungen es ermöglichen, die Werte dort zu erfassen, wo sie zwangsläufig auftauchen müssen, nämlich in den Verkäufen. Aber da sie die Konkurrenzsituation der Unternehmen im Inland verbessern (umgekehrt wie Gewinnsteuern), würden die auf den Weltmärkten stärker werden und so Arbeitslosigkeit und Einkommensenkungen exportieren. Zudem enthalten solche Modelle keine Instrumente, wie vorhandene Vermögens- und Einkommensunterschiede verringert werden können.

Der Ausweg hin zu Umweltsteuern hat das systematische Problem, dass hier Steuerungswirkung und Ertrag in Konkurrenz zueinander stehen. Will ich mit der Tabaksteuer viel Geld einnehmen, dann muss viel geraucht werden, will ich das Rauchen eindämmen, dann nehme ich wenig Geld ein.

Ich behaupte keineswegs, dass diese Probleme alle gleich zu gewichten oder allesamt unlösbar wären. Aber bisher kenne ich kaum ein Finanzierungsmodell, das die eigenen politischen Voraussetzungen und Folgen auch offen darlegt und reflektiert. Würde das geschehen, so befänden wir uns genau in dem politischen Diskussionsprozess, den ich oben beschrieben habe: Wie wollen wir leben und arbeiten? Darin aber sind Finanzierungsmodelle zu früh. Sie können erst an dessen Ende stehen und sind heute deshalb nur sehr eingeschränkt nützlich. Zeigen sie doch lediglich, dass unter bestimmten Annahmen bestimmte Finanzierungsmöglichkeiten eines bge bestehen. Aber immerhin, das zeigen sie.